

# Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Amtsblatt der Stadt Braubach.



Verantwortlicher Redaktor: A. Lemb.  
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.  
Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.  
Fernsprecher Nr. 30.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von  
A. Lemb in Braubach.  
Postkassens Nr. 7689 Frankfurt/Main.  
Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis  
monatlich 2,— Mark,  
durch die Post bezogen viertel-  
jährlich 6,— Mark,  
von derselben frei ins Haus  
geliefert 6,42 M.

Erscheint täglich  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.  
3 Inzerate pro Spaltenzeile  
jeile oder deren Raum 30 Pfg.  
Reklamenzeile 80 Pfg.

Nr 62 Braubach a Rhein, Samstag, den 13. März 1920. 30. Jahrgang.

## Obstruktion der Rechten?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Fast klang es wie Trompetenschmetter, als in der Dienstagssitzung der Nationalversammlung die Führer der beiden Reichtsparteien, Graf Vosadomsky namens der Deutschnationalen und Grafenz Heine namens der Deutschen Volkspartei, von der Anwendung aller parlamentarischen Mittel sprachen, zu der sie ihre Zustimmung nehmen wollten, wenn es dabei bleiben sollte, daß nach dem Willen von Regierung und Reichtsparteien die Neuwahlen zur Volksvertretung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würden. Wie der alte „Bosa“ seine Ankündigung vorbrachte, konnte allerdings nicht gerade beängstigend wirken; er ist auch nach der Resolution der würdevollen, in der Form niemals maßlose Politiker geblieben, als welcher er sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen Namen gemacht hatte, er kann auch im Jörn, auch wenn er durch mehr oder weniger geschmackvolle Provisoren gereizt wird, den gebildeten Weltmann nicht verleugnen, der nach außen hin seine Ruhe bewahrt und sich die Art seines Auftretens in der Öffentlichkeit niemals vom Gegner vorschreiben läßt. Schärfer ging schon der Führer der Deutschen Volkspartei ins Zeug, Dr. Heine, der frühere Justizminister im früheren Königreich Sachsen, ist jugendlicher, feuriger als der Graf im Parte. Auch er erklärte, daß seine Freunde entschlossen seien, alle ihnen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mittel anzuwenden, um zum Ziele zu gelangen. Dieses Ziel aber ist die durch die Verletzung vorgeführte Abarbeitung von Wahlen zum Reichstag. Das Mandat der Nationalversammlung ist nach der Überzeugung der Rechten längst abgelaufen und es geht nicht an, es immer wieder zu verlängern. Aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht, aber auch nicht aus politischen Gründen; denn die Nationalversammlung könne nach dem ungeschicktesten Stimmschwung, der in weiten Volksteilen vor sich gegangen sei und immer größeren Umfang annehmen könne, umsohin noch als der wahrheitsgemäße Ausdruck unseres nationalen Willens anerkannt werden. Deshalb müsse sie, gerade weil es bei uns nach demokratischen Grundgesetzen zugehen soll, so rasch wie möglich zum Scheitern abtreten.

Aber die Forderung der Rechten ist in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Die kompakte Regierungsmehrheit hält eben unbeirrt und unbedenklich zusammen, da können auch die schönsten Reden nichts ausrichten. Was wird nun weiter geschehen? Herr Heine hat vorsorglich hinzugefügt, daß seiner Partei jede Obstruktion fernliege, und Graf Vosadomsky hat nicht minder bestimmt erklärt, daß die Rechte sich in ihrem Kampf um Volkswohl und Vaterland selbstverständlich nur geselliger Mittel bedienen werde. Aber da man doch weiß, daß die beiden Herren ebenso wie ihre Parteien sehr ernst genommen werden müssen, muß doch hinter ihrem einigermassen geräusch-

vollen Auftreten etwas mehr gesucht werden als die bloße Lust an kleinen parlamentarischen Provisorenfällen, als der Versuch, durch blendende Schaumströme Augenblickswirkungen zu erzielen, mit denen sich vielleicht diese oder jene hinter den Kulissen verborgen gehalten Schwierigkeit im eigenen Lager für einige Zeit beheben läßt.

Es wird behauptet, daß die parlamentarische Führung der Reichtsparteien von den Anhängern im Lande vielfach als lau und zu schlapp getadelt wird; man fordere schärfste Rücksichtlosigkeit gegen das neue System wie gegen alle seine Schuldhalter, wer und wo es auch sei, und treffe bereits Anstalten, um bei der Vorbereitung der Neuwahlen alle Vertreter einer gar zu gemäßigten Tonart von den Kandidatenlisten auszuschalten. Dieser Stimmung der Wählerhaft müsse offenbar jetzt mehr als bisher Rechnung getragen werden. „Alle“ parlamentarischen Mittel sollen benutzt werden, um zu verhindern, daß die Nationalversammlung sich auch fernerhin noch Rechte und Aufgaben anmaße, zu denen sie nicht befugt und nicht berufen ist. Auf eine Verschärfung des parlamentarischen Kommisses müssen wir uns also für die nächsten Wochen und Monate in jedem Falle gefaßt machen; es geht auf Obstruktion und die damit unvermeidlichen parlamentarischen Irrungen und Wirrungen, das kann wohl als Axiom der Beteiligten von vornherein verneint werden — fragt sich nur, ob der Zwang der einmal geschaffenen Verhältnisse nicht schließlich doch über die gesteckten Grenzen hinausdrängen wird. Ganz abgesehen davon, daß die eine Partei, wenn sie die Leidtragende ist, schon von Obstruktion zu sprechen liebt, wo die andere noch durchaus im Rahmen ihrer geschäftsmäßigen Befugnisse zu verweilen behauptet. So kann heute noch niemand wissen, was uns bevorsteht. Nur daß wir etwa ruhigeren Zeiten entgegengehen, als wir sie durchlebt haben, das wollen wir uns weder selber einreden, noch von anderen einreden lassen.

## Im Valutazug.

auf der Fahrt von Paris nach Warschau.

Eine Fahrt im Elzys Paris-Warschau, der durch die verschiedenen Länder mit ihren jetzt so unterschiedenen und so verschieden bemerzten Währungen führt, schildert in ausführlicher Weise ein Mitarbeiter der „Daily Mail“.

Es ist in diesem Elzys, den der Engländer „Valutazug“ nennt, von nichts anderem die Rede als von neuen Spekulationsmöglichkeiten, und man kann auf dieser Reise die merkwaardigste Anmerkung aller Werte erleben. Wechselgeschäfte der verschiedensten Art, der tiefe Sturz oder die „Erholung“ der Mark, der Krone, der Lira, des Franc und auch des englischen Pfunds, das in den durchfahrenen Ländern eigentlich nichts zu suchen hat, bilden in dem „Valutazug“ das einzige, höchst merkwürdige Gesprächsthema. „Wenn in der Hitze dieser Februarnächte“, la

schreibt der Berichterstatter, „die Worte auf den Lippen der Reisenden plötzlich festfrieren würden, so würden sie im Frühling in einem Sturzbad von Millionen“ wieder auf-tauen, denn unter einer Million geht es hier nicht. Während der englische Schilling in der Schweiz immerhin noch etwa drei Viertel seines Wertes hat und der französische Franc „nur“ auf die Hälfte seines Wertes gesunken ist, ist die österreichische Krone fast gar nichts mehr wert. Wer 1000 englische Pfund sein eigen nennt, wird in österreichischer Währung Millionär.

In den langen Stunden, die man im Zuge verbringen muß, machen alle ohne Ausnahme und ohne Unterbrechung (mancher vielleicht sogar im Traum der Nacht) Valutageschäfte und wechseln Dollars oder Pfunde oder spanische Pesetas in Tausende oder Millionen von polnischer Mark oder österreichischen Kronen. Aber man muß ein sehr freier Rechner sein, um mit diesen taschenpielerischen Wechselgeschäften mitkommen zu können. Man wechselt zum Beispiel eine Zahlungsbewertung auf London in Schweizer Franken und bezahlt dann die Schlafwagenkarre mit französischen Franken, oder man kauft eine Volkspartei mit Mark für ein silbernes Schweizer 50-Rappen-Stück, für das man in österreichischer Währung 24 Kronen 80 Heller erhalten könnte. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob mein Silber auf französischem oder auf schweizerischem Boden umgerechnet wird. Für ein silbernes französisches Fünffrankstück bekomme ich in Paris nur lumpige fünf Papierfrank, die nach englischer Rechnung weniger als 2½ Schilling wert sind. Bin ich aber in der Schweiz, so ist mein silbernes französisches Fünffrankstück fünf Schweizer Papierfrank wert, das heißt volle zehn Franc oder fünf Schilling. Not macht erfindlich, auch Valutazug. Es ist daher kein Wunder, daß man die merkwaardigsten Kräfte erdenkt und die seltsamsten Transaktionen erfindet, um aus diesem beständigen „Papierwandel“ den größtmöglichen Vorteil zu ziehen.

Der „Valutazug“ ist ein Sammelort, an oder in dem die gewiegtesten Kenner dieses aufregenden Geldmarktes sich gegenseitig ihre Erfahrungen mitteilen und neue Pläne schmieden. Besonders viel läßt sich auf polnischen Gebieten „machen“, und es ist oft ganz nettlich, zu sehen, was dabei herauskommt. Der Brief, den man vom Schweizer Engadin nach London schreibt, kostet drei Pence; schreibt man aber von Tirol aus, so kostet die Briefmarke beinahe weniger als nichts. Nicht anders ist es beim Telegraphieren. Ein Wiener leistete sich kürzlich folgenden Trick: Er gab an einen Herrn, der mit ihm im Eimerhändnis stand, eine belanglose Depesche nach Holland mit bezahlter Rückantwort von 500 Worten auf. Der andere verkaufte dann diese Rückantwortanweisung an holländische Kaufleute, die nach Wien telegraphieren mußten, mit einem Gewinn von 5000 %! So wird's gemacht!

## Zwei Frauen.

Roman von D. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Aber die Menschen, die ihn umgaben, sahen noch keine Lustigkeit hinweg. Das war so unendlich und hörte sie nicht. Wählten sie doch, das der geradhaarige Alte ein Herz aus Gold hatte und daß er jederzeit sein Leben lassen würde für seine Herrschaft.

Dieser Festtag sollte für lange Zeit der letzte für Falkenau sein. Baron Donatus schloß sich kurz nach dieser Feier gar wohl. Er war sehr matt, konnte nicht mehr ins Freie hinausgehen mehr als sonst der alte Herr.

Baron Donatus machte sich selbst zur Ruhe. Wählte er doch diese feierhafte Erwartung ihm schädlich war. Aber er hatte nicht mehr die Energie, sich davon freizumachen. Er hatte wieder etwas, das ihn mit heimlichen Wünschen an sein Leben fesselte, er wollte um jeden Preis sein Leben verlängert sehen, bis er Norbert Falkenau wiedergehen hätte. Das gerade, weil er das so heiß ersehnte, schwächte er seine Lebenskraft mehr, als er durfte.

Er hatte keine neugier mit dieser Kraft seit zwei Jahren. Man gab er mit einem Male jubelnd davon aus.

Ganze Tage mußte er im Bett zubringen und er schloß, daß es mit ihm zu Ende ging. Da sagte er sich in das Unabwendliche. Die Ursache wußte er nicht, sein Wesen wurde so klar und friedlich. Man soll nichts vom Schicksal erwarten. Es sollte ihm wohl nicht beschieden sein, daß man sein Wunsch in Erfüllung ging.

Aber im Bett mochte er nicht sterben. Er erhob sich wieder und lag nun in seinem Betschlaf am Fenster.

Ein Blick schweifte hinaus, als wolle er Abschied nehmen

von allem irdischen. Aber mit der über ihn gekommenen Ruhe schloß sich sein Zustand wieder zu bessern.

Annelies starrte auf, als sie das merkte. Und Vater und Tochter hatten nun noch einige glückliche Tage. Kollermann und Tante Krispina sorgten dafür, daß Annelies sehr durch nichts abgelenkt wurde, ständig konnte sie bei dem Vater sein.

Eines Morgens kam dann Doktor Brudner nach Falkenau. Er brachte endlich die ersehnte Nachricht von Norbert.

Donatus bestand darauf, ihn zu empfangen. Annelies blieb jedoch bei ihm. Und Brudner meldete, daß der Aufenthalt Norbert Falkenaus ermittelt worden sei. Er lebe jetzt als Geschäftsdirektor auf den Gütern des Fürsten Kerschhof in Putz und Brudner hatte bereits, wie es Baron Donatus gewünscht hatte, die Nachricht an ihn abgehen lassen, in welcher Weise sich die Verhältnisse in Falkenau geändert hatten.

Da flüchteten Donatus' Lebensgeister noch einmal auf, als Brudner sich mit neuen Instruktionen entsetzen hatte, nachdem er berichtet, daß er Norberts Spur erst nach Frankreich, dann nach Italien verfolgt habe. Zuletzt hatte er sich an der Riviera aufgehalten, in Nizza und Monte Carlo. Und von Nizza war er direkt nach Rußland abgereist, wo er schon seit vier Jahren dem Geschäft des Fürsten Kerschhof vorstand.

Annelies — Gottlob — er ist nicht untergegangen. Er lebt — und er verdient seinen Unterhalt in einer hochachtbaren Stellung — ich habe es ja gewußt und gefühlt, daß er sich treu geliebt ist.

Auch in Annelies' Herzen blühte die Freude, und strahlenden Herzens gab sie ihr Ausdrück. Wie glücklich bin ich, Väterchen, daß dir diese Freude beschieden ist.

Ja, Kind — ich hatte schon daran verzweifelt, noch Kunde von ihm zu erhalten. Aber nun erhebe ich mich auch noch seine Rückkehr. Mir ist so wohl wie lange nicht. Komm, mein Kind, führe mich hinaus, in mein Arbeitszimmer. Ich selbst will an ihn schreiben, will ihn zurückrufen u

mein Haus, wir ihm sagen, daß er nun seinen Ton, damit ich ihn noch sehen kann.

Er erhob sich, auf Annelies' Arm gestützt, und schritt aufrecht, von der Freude getragen, in sein Arbeitszimmer. In dem Betschlaf lag er sich nieder.

Annelies legte ihm Papier und Feder zurecht und schloß seinen Rücken durch ein Kissen. So lag er eine Weile und blickte vor sich hin. Dann begann er zu schreiben: „Mein lieber Norbert! So lange haben wir uns nicht gesehen, so lange wußte ich nichts von Dir. Ingrid macht egoistischer noch als Gita — ich hatte Dich fast vergessen, trotzdem Du mir immer lieb gewesen wie ein Sohn. Nun rufe ich Dich, mein lieber Norbert, in Deine Hände will ich selbst mein liebes Falkenau legen. Was ich für meinen Joaquin geschaffen — Du weißt wohl nun schon, daß er tot ist — mein Sohn — das hinterlasse ich Dir, und Segen soll an Deinen Händen —“. Da entsank plötzlich die Feder seiner Hand, und ein dumpfer Laut entfloß seinen Lippen. Ein Herzkrampf hatte ihn befallen, so schlimm wie nie zuvor.

Annelies beugte sich angstvoll erschrocken über ihn.

Vater, mein lieber Vater! rief sie außer sich.

Er sah zu ihr auf mit einem qualvollen Blick.

„Papier sein — mein Rädel — Papier — du versprachst es mir!“ starrte er mit einer letzten Anstrengung.

Sie umfaßte ihn, als wolle sie ihn zurückhalten, als könne sie ihn nicht lassen.

Vater — mein teurer Vater! rief sie nur wieder. „Wie du leidest.“

„Nein — es tut nicht weh — Annelies — stark sein.“

Rief er mühsam hervor.

Da lächelte sie. Nur sie allein wußte, was ihr dies Lächeln kostete.

„Ich bin ganz tapfer, mein Herzensvater!“ sagte sie fest und klar.

Da flog ein Leuchten über sein Gesicht. Aberdunkel

strahlten seine Augen noch einmal in die ihren — dann brachen sie im Sterben. Schwer fiel sein Körper zurück.

Fortsetzung folgt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach dem nun fertiggestellten Entwurf wird das Reich für die kommende Reichstagswahl in 122 Wahlkreise eingeteilt.
- Die Mehrheit sozialistischer Verlangen eine Verfassungsänderung dahin, daß der Reichspräsident von der Nationalversammlung und nicht durch das Volk gewählt werden soll.
- Mit Zustimmung ist nunmehr ein Vertrag zustande gekommen über die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen.
- Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung das Bedauern der deutschen über die Vorgänge im Adlonhotel in Berlin ausgesprochen.
- Bisher haben die Franzosen über 100 000 Deutsche aus Elsass-Lothringen ausgewiesen.
- In Tirol wächst die Stimmung für den sofortigen Anschluß an Deutschland unabweisbar.
- Die norwegischen Arbeiter fordern die Einführung von Betriebsräten nach deutschem Muster.

### Zum Anschluß Tirols.

#### Die freiwillige Volksabstimmung.

Im Hinblick auf die von den Innsbrucker Nachrichten eingeleitete, auf die Herbeiführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich abzielenden Bewegung verlaubbart die Tiroler Landesregierung folgendes: Der Gedanke des Anschlusses an Deutschland ist grundsätzliche Gemeingut im ganzen Tiroler Volk, und es ist selbstverständliche Pflicht der Landesregierung, auf seine Verwirklichung hinzuwirken, um so mehr, als die Verhältnisse, die die Unmöglichkeit des Fortbestandes der gegenwärtigen Lage immer deutlicher hervortreten lassen, mit Macht dazu drängen. Geschäft auf den einstimmigen Beschluß des Tiroler Landtages vom 11. Dezember 1919, worin der wirtschaftliche Anschluß des Landes an das Deutsche Reich gefordert wurde, wird die Landesregierung in Übereinstimmung mit allen politischen Parteien und Gruppen auf die Durchführung dieses Beschlusses durch die Staatsregierung unablässig hinzuwirken suchen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn es sich um einen endgültigen Anschluß handelt, in Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes dem Tiroler Volk durch eine Volksabstimmung Gelegenheit gegeben wird, selbst das letzte und entscheidende Wort zu sprechen.

### Die künftige Wahlkreiseinteilung.

122 Wahlkreise.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichspräsidenten im des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 u. d. teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. 62 Wahlkreise sind für die Wahl von 4, 23 für die Wahl von 3 und 37 für die Wahl von 5 Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils in einem Verbandswahlkreise zusammengefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit je 4, 6 mit je 5, 4 mit je 6, 4 mit je 7 und ein Wahlverband mit 8 Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

### Deutsche Nationalversammlung.

(154. Sitzung.)

OB. Berlin, 11. März.

Die heutige Sitzung war kurz; sie dauerte nur zwei Stunden, aber es wurde Bedeutungsvolles in ihr beschlossen. Nachdem man ohne Aussprache die Anleihebedenkschrift zur Kenntnis genommen und den Gesetzentwurf über die Erhebung der Biersteuer für eingeführte Biere in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen hatte, wandte man sich der dritten Lesung des

#### Landessteuergesetzes

zu. In einer größeren Auseinandersetzung kam es bei § 58, wonach das Reich jedem Lande die Einnahmen aus den durch die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Realvertragssteuer und die Reichserbschaftsteuer erlegten Steuern des Landes und seiner Gemeinden in der bisherigen Höhe gewährt. Zu dem Anteil an der Einkommensteuer sollen 25% Zuschlag kommen. Steueränderungen nach dem 5. März 1920 sollen außer Betracht bleiben. Nach einem Antrage der Mehrheitspartei wurde statt des 5. März 1920 der 10. März 1920 festgesetzt.

Abg. Dr. Becker-Dessau (Dsch. Fr.) beantragte, Änderungen auch nach dem 10. März zuzulassen. Nachdem sich die Mehrheitspartei dagegen erklärt hatten, wurde der Antrag Becker in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 83 Stimmen der Rechte und der Unabhängigen abgelehnt. Danach wurde ein weiterer Antrag der Mehrheitspartei angenommen, wonach eine Änderung des gewährleisteten Ertrages zulassen ist, soweit das Reich Aufgaben übernimmt, die im Jahre 1919 den Ländern und Gemeinden oblagen.

Vor der Gesamtversammlung erklärte Abg. Reich (bayer. Fr.): Wir stimmen gegen das Gesetz, weil es in die Selbstständigkeit der Länder eingreift. Abg. Becker-Dessau (Deutsche Fr.) erklärte im Namen seiner Fraktion: Wir haben uns rechtlich bemüht, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die es annehmbar gemacht hätte. Das ist uns nicht gelungen. Wie es jetzt verabschiedet wird, führt es weder die Finanzen der Gemeinden vor dem Zusammenbruch, noch schützt es den Steuerzahler vor Überlastung. Wir sind daher leider nicht in der Lage, dafür zu stimmen. Abg. Worm (N. Soz.) erklärte, daß keine Fraktion dagegen stimmen werde, weil das Gesetz den Gemeinden nicht die nötige Freiheit lasse, und der Abg. Dürmayer (Deutschnat. Fr.) erklärte, daß keine Parteigenossen das Gesetz ablehnen müssen, weil es nach ihrer Erzeugung mit der Verfassung gar nicht in Einklang stehe. Durch das Gesetz trete eine Zentralisation ein, die der Tod der Selbstverwaltung sein müsse.

Das Landessteuergesetz wurde darauf in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechte und der Unabhängigen angenommen. Hierauf wurde die bei der dritten Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes zurückgestellte Abstimmung vorgenommen und dann wurde das Reichseinkommensteuergesetz ebenfalls gegen die Stimmen der Rechte und der unabhängigen Sozialdemokraten einstimmig angenommen.

Sodann nahm das Haus eine Reihe Entschlüsse des Ausschusses für Volkswirtschaft an. Unter anderem soll die Verordnung über die Erhöhung der Unfallrenten ergänzt werden, durch eine angemessene Erhöhung der Knappschaftsrenten. Eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Landwirten, landwirtschaftlichen Ärzten und Konsumrenten soll in Verbindung mit der Regierung über die notwendige Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im kommenden Wirtschaftsjahre beraten. Ferner soll für das nächste Jahr die Zulassung polnischer Mädchen für die Ausführung der Gadarbeiten beim Pflanzbau gestattet werden. Damit schloß die Sitzung.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

• **Minister Müller und die dänische Grenzfrage.** Auf eine Anfrage über die Regelung der dänischen Grenzfrage erklärte Außenminister Müller u. a.: Die Grenze wird so festzusetzen sein, daß überall da, wo die Bevölkerung überwiegend deutsch gestimmt hat, mit Ausnahme von deutschen Enklaven in rein dänischen Gebieten, die betreffenden Landesteile auch bei Deutschland zu bleiben haben. Der Artikel über die Bewirtschaftung der geographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist innerhalb des Rahmens dieser allgemeinen Notwendigkeit zu verstehen. Sollte der Versuch gemacht werden, eine große Stadt wie Hensburg oder weitere Städte der zweiten Zone trotz deutscher Stimmabgabe Deutschland zu entreißen und Dänemark zuzusprechen, so würde die deutsche Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um einen solchen klaren Bruch des Friedensvertrages abzuwehren.

• **Zur Wahl des Reichspräsidenten** beabsichtigt, wie verlautet, die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, ihren bereits bei der Verfassungsberatung formulierten, dann aber zurückgezogenen Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag (und nicht direkt vom Volke) gewählt wird, wieder einzubringen. Es verlautet ferner, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für diese Verfassungsänderung gesichert ist.

• **Die Massenauflösungen aus Elsass-Lothringen.** Die freiwillige Genzählung für ausgewiesene Elsass-Lothringer teilt amtlich mit, daß bisher 98 000 Personen Elsass verlassen haben, nämlich 29 600 Männer, 31 000 Frauen und 38 000 Kinder. Rechnet man diejenigen hinzu, die die Abnahmestelle nicht passiert haben, und jene, die nach Entlassung vom Militär nicht mehr nach Elsass-Lothringen zurückgekehrt sind, so ist das erste Hunderttausend heimatisierter Menschen bereits überschritten.

• **Die Rheinlandfrage.** Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich in mehrstündiger Aussprache mit der Rheinlandfrage. Als Hintergrund dient insbesondere die Denkschrift, die unter Mitwirkung aller an der Rheinlandfrage beteiligten Minister des Reichs aufgestellt worden ist. Im Zusammenhang damit wurden auch die besonderen Verhältnisse von Eupen-Malmédy erörtert. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit erkannt, dahin zu wirken, daß die Formen der Abstimmung der Rheinlande abgeändert werden, daß eine wirklich unabhängige Abstimmung der Bevölkerung ermöglicht wird. Das Staatsministerium erklärte ferner seine Bereitwilligkeit, alle verfügbaren Kräfte und Mittel für die Unterstützung derjenigen Kreise und Personen einzusetzen, die in Eupen-Malmédy durch das Verbleiben zu ihrem Deutschen Leben erleben.

• **Ein deutsch-französisches Schiedsgericht.** Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung zivilrechtlicher Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, welches der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich konstituiert. Das Schiedsgericht umfasst vier Abteilungen, welche je aus einem von Neutralen zu bestimmenden Vorsitzenden sowie je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter bestehen werden. Als deutsche Richter werden wirken: v. Richterhofen, Justizrat, Leipzig, Felix Condin, Rechtsanwalt, Dresden, Dr. Hermann, Justizrat, Düsseldorf und Justizrat Diegeleben, München.

• **Zuständigkeitsfragen in Oberschlesien.** Infolge des deutschen Protestes hat der Vorsitzende des interalliierten Ausschusses, General Lerond, seine Proklamation im ober-schlesischen Amtsblatt nochmals mit richtigem Friedensvertragstext abdrucken lassen. Sonach ist klargestellt, daß sowohl in gesetzgeberischer wie in finanzieller Hinsicht die deutsche Regierung im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet nach wie vor zuständig ist.

• **Untersuchung über die Ursachen des Zusammenbruchs.** Der vierte Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der unter Abänderung seiner früheren Tätigkeit die Gründe des Zusammenbruchs untersuchen will, hat in zwei Sitzungen über seinen Arbeitsplan beraten. Der Ausschuß wird die Untersuchung zunächst auf die Zeit des letzten Kriegshalbjahres beschränken. Es soll untersucht werden: a) die militärischen Machtverhältnisse; b) das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften; c) die Einwirkung der Mächte in der Heimat auf Armee und Marine; d) die Einflüsse der revolutionären und annexionspolitischen Propaganda.

#### Großbritannien.

• **Unabhängigkeitsproklamation in Ägypten.** Zwei- und fünfzig Mitglieder der ägyptischen gesetzgebenden Versammlung kamen in der Wohnung des Sozialistenführers Zoghail Pascha zusammen. Sie nahmen eine Entschlüsselung an, in der sie gegen die Aufhebung der gesetzgebenden Versammlung und gegen das englische Protektorat Einspruch erheben und die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans proklamieren.

#### Norwegen.

• **Forderungen der norwegischen Arbeiter.** Der Landesverband der Arbeiter hat für die kommenden Tarifverhandlungen folgende Forderungen aufgestellt: Die Arbeitgeber sollen das Recht der Arbeiter anerkennen, bei der Anstellung und Verabschiedung der Arbeiter, Aufseher und Werkmeister mitzubestimmen. Ferner sollen die Arbeiter mitbestimmend sein bei der Errichtung sanitärer Einrichtungen in den Betrieben und von Arbeiterwohnungen, bei Anschaffung von Maschinen und Einführung neuer Betriebsmethoden. Um dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu sichern, sollen Betriebsräte errichtet werden.

#### Ungarn.

• **Die ungarische Königsfrage.** Ministerpräsident Kunzar erklärt, die Königsfrage sei noch nicht geregelt und wenn auch die leitenden politischen Kreise Ungarns auf dem Standpunkt der Legitimität stehen, so bedeute dies noch keineswegs König Karls Rückkehr auf den ungarischen Thron. Merkmaligerweise ist eine Bewegung gegen Reichsverweser Horthy entstanden. Das Offizierskorps der ungarischen Nationalarmee hat eine Verammlung abgehalten, in der ein Redner feststellte, daß Reichsverweser Horthy seiner schriftlichen Verpflichtung, den Daßburger wieder auf den Thron zu setzen, nicht nachgekommen sei. Es wurde beschlossen, daß, falls Reichsverweser Horthy nicht mit allen Kräften bestrebt sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, das ungarische Offizierskorps alles daran setzen wird, um den Habsburgern wieder zu ihrem Thron zu verhelfen.

#### Polen.

• **Eine neue russische Friedensnote.** Die polnischen

Blätter melden, daß der Sowjetkommunistar zur ausstehenden Angelegenheiten. Tschitscherin, zu Händen des Ministers der Äußeren sowie des Staatsoberhauptes Bilsudski eine Friedensnote abgeben ließ. In der neuen Friedensnote betont Tschitscherin, daß die Arbeiterklasse Rußlands den Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten und besonders mit Polen wünscht. Weiter wird hierin gesagt, daß die bolschewistische Offensiv nur eine Folge der polnischen Aktionen gegen die ukrainischen Rottruppen ist. Tschitscherin verlangt von den polnischen Truppen die Einstellung ihrer Aktionen gegen die ukrainischen Bolschewisten, worauf russische Truppen ihre Aktionen einstellen werden.

#### Aus In- und Ausland.

• **Köln.** Nach Mitteilung des Rhein-Kommissariats Koblenz ist das Betriebsrätegesetz ohne Einwendungen angenommen und am 9. März in Kraft getreten.

• **Paris.** Der Marineauschuß des Senates hat einstimmig entschieden, es sei unzulässig, daß Frankreich irgend etwas für den ihm anvertrauten deutschen Handelstonnage herausgebe.

• **Amsterdam.** Laut „Telegraaf“ findet das Wirtschaftsmemorandum des Obersten Rates bei der gesamten niederländischen Presse volle Zustimmung. „Times“ nennt die Erklärung deutlich, verständlich und wohl durchdacht.

• **London.** Die Bergarbeiterkonferenz hat sich mit 840 000 Stimmen für den Streik zur Unterstützung der Sozialisierung der Bergwerke erklärt.

### Nahe und Fern.

• **Die rechtsrheinischen Städte in Not.** Die Lebensmittelversorgung der rechtsrheinischen Städte droht in den nächsten Wochen völlig zusammenzubrechen. Es fehlt an allen notwendigen Lebensmitteln, namentlich an Fleisch und Fett. Die Stadt Düsseldorf verfolgt jetzt den Versuch, zusammen mit den rechtsrheinischen Städten des Ruhrbezirks eine Handelsorganisation zu schaffen, die sofort den Einkauf der notwendigen Nahrungsmittel im Ausland, besonders in Holland und Amerika, besorgen soll.

• **Kasernen 1 Mark!** In Groß-Berlin sind die Mietverbände übereingekommen, die Preise um 40 bis 100% zu erhöhen. Man wird infolgedessen demnächst in Berlin das Kasernen mit 1 Mark, das Haarschneidern mit mindestens 2,50 Mark bezahlen müssen. Die große Schaar derer, die ihre eigenen Barbiers sind und „Kasernapparate“ benutzen wird neuen Zug zu erhalten.

• **Schwerer Justizirrtum?** Am 18. August 1919 wurde in Gelsenkirchen eine Frau Roettger ermordet und deren Ehemann wurde der Bergmann Markus verhaftet und zu Tode verurteilt, jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Markus hat die Tat bestritten. Nun wurden seinerzeit geraubten Gegenstände bei einem früheren Reismann Grabowski gefunden. Grabowski wurde auf die Tat dringend verdächtig gehalten.

• **Ein „netter“ Aufritt** spielte sich in der Stadtversammlung in Blau in Weidenburg ab. Die Bürger hat sich seit der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung in zwei feindliche Lager geteilt. Bei Beratung eines Antrages auf Erhöhung der städtischen Arbeiter Löhne wurde die Feindschaft in tätlicher Weise zum Austrag. In der Augenblick, da alles durcheinander schrie, erhoben sich Zuhörer Protest, und plötzlich war eine allgemeine Kampfbewegung im Gange, an der auch die Zuhörer teilnahmen. Ein Schlag mit Äschen und Stühlen aufeinander los! Einige Stadtväter stürzten blutend und zerschlagen auf Saale. Sechs erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Da man befürchtete, daß allgemeine Unruhen ausbrechen könnten, wurde die Sicherheitswehr in Schwerin alarmiert, die in Automobilen herankam. Sie verhinderte den Ausbruch von Gewalttätigkeiten.

• **Zuchthausreform in Italien.** In der italienischen Kammer ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der den Zuchthaus und Einzelhaft im Zuchthaus abschafft. In Zuchthausstrafe wird die Unterbringung der Verurteilten in Zwangsarbeitsanstalten für Ackerbau oder Industrie. Der Erwerb der Arbeit soll zur Entschädigung der Opfer Verbrechens oder der Hinterbliebenen verwendet werden. Gefängnis wird überhaupt nur für Unterzuchthausstrafe aufrechterhalten, die dort aber keineswegs länger als drei Monate bleiben dürfen. In diesem Zeitraum muß die Untersuchung beendet sein.

• **Große Funkstation in Schweden.** Die schwedische Telegraphenverwaltung hat der schwedischen Regierung einen Plan der Errichtung einer großen Funkstation in Schweden vorgelegt. Die Station wird in Verbindung mit Amerika dienen und auch als Durchgangspunkt für Russland verwendet werden. Sie soll unweit der gleichnamigen Reichsweite errichtet werden, wie die deutsche Station Kauen.

• **Leonhard Frank verhaftet.** Der Dichter Leonhard Frank ist in Frankfurt a. M. bei einer Vorlesung auf dem Wertes verhaftet worden. Frank ist der Verfasser der Bücher: „Die Räuberbande“, „Die Ursache“, „Der Mann ist gut“. Besonders das letztgenannte pazifistische Buch ist 1916 geschrieben wurde und in alle Kulturstaaten übersetzt ist, hat großes Aufsehen erregt. Der Dichter, der einer literarischen Familie entstammt und bis vor 10 Jahren noch ein sozialistischer Träger des Reichspfeils.

• **Die Mythen des Königs von Westfalen.** Die vorliegenden Aufzeichnungen der ehemals großherzoglich-schwerinschen Jagartverwaltung werden die Pflanzensätze der großherzoglichen Gemütskammer Schwerin zum Verkauf kommen. Es sind darunter etwa 20 000 Palmen und Gartenbäume, die je einen Wert von 20 000 Mark haben, dann Jahrzehnte alte Orchideen, Kakteen. Besonders beachtenswert aber sind hohe Kugelmirtenbäume, deren Alter auf etwa 300 Jahre geschätzt wird. Diese Mythen standen im Jahre 1814 im Hofgarten des Königs Jerome von Westfalen und nach der Auflösung des Königreichs Westfalen im Schweriner Schlossgarten.

• **Schießerei im Parlament.** Wie die Rheinblätter melden, endete die Tagung der Abgeordnetenversammlung von Honduras mit einer Schießerei, in deren Verlauf ein Abgeordneter schwer verletzt und einige getötet wurden. Unter den Toten befindet sich auch der Kammerpräsident Romula Duron.

• **Kalkfunde in Kanada.** Ungeheure Ablagerungen von Kalk und anderen Mineralien sind nach einem von der Forschungsreisenden Frank Perry im Wadenski-Bezirk in Kanada entdeckt worden. Es wird behauptet, daß das Lager noch weit ausgedehnter und reicher an Kalk als die deutschen.

**Aus dem Verlagsbuch**

§ Postkassendiebstahl. Vor einem Berliner Schwurgericht hatten sich die Händler Schadowitz und Schöder wegen verübten schweren Raubes zu verantworten. Die beiden Angeklagten hatten versucht, die Kasse der Postagentur in Oranienburg bei Potsdam (Mark) zu verheeren. Das Urteil lautete gegen Schadowitz auf drei und gegen Schöder auf zwei Jahre Zuchthaus.

§ Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Magdeburg verurteilte den 21jährigen Arbeiter Dize, der im Oktober a. J. eine Frau beim Einlassieren von Krankenschwestern ermordet und verbrannt hatte, zum Tode.

**Welt- und Volkswirtschaft.**

**Berliner Produktionsbörse.** Amlich notierte Preise der Berliner Produktionsbörse am 11. März: Getreide für 1000 Kilogramm 4400 Mark ab Speicher frei Bagen, auf Abladung 4440 bis 4400 Mark ab Station. Tendenz matt. — Nichtamtlich sind heute keine Preise ermittelt.

\* Die Förderung der Produktion war Gegenstand der Erörterung im Wirtschaftsrat des Reichswirtschaftsministeriums. Unterstaatssekretär Strich gab einen Abriss über das gesamte Wirtschaftsprogramm. Nach eingehender Würdigung der Wirtschaftslage, die, im ganzen gesehen, deutliche Anzeichen einer Besserung aufweist, ging er auf die Einzelprobleme der Wirtschaft ein. Er kennzeichnete die Maßnahmen, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Steigerung der Kohlenförderung getroffen wurden und zum Teil noch im Gange sind. Bei Erörterung der allgemeinen Wirtschaftspolitik betonte er die Notwendigkeit einer starken Industriepolitik. Materialknappheit und Kapitalmangel drängen zur organisierten Wirtschaft. Die Organisationsformen der Wirtschaft müssen sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Industriezweige richten. Eine Umgestaltung der bürokratischen Wirtschaft in eine Selbstverwaltung der Interessenten unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Beteiligten sei erforderlich. Zur Preispolitik führte er aus, daß eine Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise auf lange Dauer nicht aufzuhalten sei, keinesfalls aber überhastet und zur Zeit eines Valutastandes, für den nicht allein wirtschaftliche Gründe maßgebend sind, erfolgen dürfe.

**Schlussspiel.**

**Drachenschriften vom 11. März.**

**Eine falsche Verschuldung Deutschlands.**

**Berlin.** Nach Pressemeldungen hat Ministerpräsident Brüning behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verleihe, indem es Waffen verborgen halte u. a. Im Anschluß hieran hat er wieder die Drohungen ausgesprochen, die bereits aus seiner Koblennote bekannt waren, und Unterbrechung der Räumungsgesetzen und Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht gestellt. Hierzu wird von zuverlässiger Seite u. a. geschrieben: Deutschland den't nicht daran, irgendwelche geheimen Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Entente-Kommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überstreuen haben. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichswirtschaftsministeriums befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Entente-Kommissionen pünktig gemeldet.

**Aufhebung des Flaggverbotes.**

**Stendhal.** Die internationale Kommission hat ihr Flaggverbot dahin abgeändert, daß sie nunmehr nur das Beflaggen von öffentlichen Gebäuden und von Schaufenstern verboten hat. Von der Höhe des ersten Stockes an dürfen alle Privatbäuer sowie Flagggen, wie sie wollen. Auf diesen Befehl hin haben die deutschen technischen Berater der internationalen Kommission ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

**England und Sowjetrußland.**

**London.** Die ursprünglich von der englischen Regierung geplante große Frühjahrs-Offensive gegen Sowjetrußland ist abgültig aufgegeben worden.

**Wostokaner Weltrevolutionenpläne.**

**Stockholm.** Nach Meldungen aus Wostok beabsichtigen die Bolschewisten keineswegs, ihren Kampf gegen den Kapitalismus aufzugeben, sondern besaßen sich mit einem neuen Plan der Weltrevolutionierung.

**Der Sultan protestiert.**

**Konstantinopel.** Der Sultan erließ ein Erdekret an die mohammedanische Bevölkerung, in dem er sie zur Ruhe gegenüber den fremden Truppen ermahnt. Im übrigen aber protestiert die türkische Regierung mit Entschiedenheit gegen den Einmarsch der Engländer in Konstantinopel.

**Verschiedene Meldungen.**

**Berlin.** Auf dringendes Verlangen der Banken ist die 1. Geminiverlohnung der Deutschen Sparkassenanleihe von 1919 hinausgeschoben worden; sie findet erst am 27. März 1920 statt.

**Vernath.** Das schwere Explosionsunglück auf dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Reisholz hat 25 tote, 20 Schwerverwundete und eine größere Anzahl leicht Verletzte gefordert. Von Vorkarbeitern wird noch vermist.

**Kom.** Im Laufe des geheimen Konsistoriums wurde Harrer Meißel von Dattberg zum Bischof von Luxemburg ernannt.

**Sankar.** Die Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland sollen jetzt sofort aufgenommen werden.

**Lokales und Provinzielles.**

**Merktblatt für den 13. März.**

Sonnenaufgang 6<sup>27</sup> | Mondaufgang 2<sup>17</sup>  
Sonnenuntergang 5<sup>27</sup> | Monduntergang 10<sup>27</sup>  
1848 Beginn der Revolution in Wien; Sturz Metternichs.  
— 1881 Ermordung Kaiser Alexanders II. von Rußland. —  
1904 Dettero-Aufstand. — 1918 Odeffa wird von den Deutschen besetzt.

□ **Paßbestimmungen für die Gireise nach Elsaß-Lothringen.** Die französischen Behörden haben für die Gireise nach Elsaß-Lothringen nachstehende Paßbestimmungen erlassen:

Kein deutscher Reichsangehöriger darf nach dem Elsaß und nach Lothringen einreisen, ohne im Besitz eines Reisepasses mit Photographie zu sein. Dieser von den deutschen Behörden auszustellende Paß muß mit dem Sichtvermerk (Stempel) einer Militärpachstelle von Straßburg oder Metz versehen sein. Allen schriftlichen Gesuchen um Erteilung des Sichtvermerks sind außer dem Reisepaß selbst noch beizufügen: 1. Zwei unangetragene Photographien, 2. zwei eigenhändige Unterschriften auf dazu bestimmten Sonderformularen. Kaufsrate und Dringungszeitende haben dem Antrag-

Am 11. März vormittags entschlief sanft unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

**Herr Wilhelm Faber**

**Wasserbauwart a. D.**

im Alter von 72 Jahren.

In tiefer Trauer

Familie Emil Hammel  
Richard Faber  
Friedrich Hirtz  
Frau Phil. Becker Wwe.  
Wilki Faber.

Neuwied, Dörfeldorf, Oberwinter, Frankfurt a. M., 12 März 1920.  
Die Beerdigung findet statt Sonntag, den 14. März, nachmittags 4.30 Uhr in Neuwied, Schloßstraße 80  
Vorher Trauerandacht.

einen von der für ihren Wohnort zuständigen Handelskammer ausgefertigten Ausweis über ihre Berufseigenschaft beizufügen. Reisen in Familienangelegenheiten werden nur ausnahmsweise genehmigt (Ableben oder sehr schwere Erkrankung naher Verwandter).

Als besonders wichtig sind auf dem Antragsformular folgende Bemerkungen hervorzuheben: 1. Deutsche Reichsangehörige, die die Einreiseerlaubnis nach Elsaß und Lothringen erhalten haben, sind verpflichtet, binnen 24 Stunden ihre Ankunft am Bestimmungsort wie ihre Abreise von dort beim Polizeikommissar oder bei der Gendarmerie feststellen zu lassen. 2. Während ihres Aufenthaltes im Elsaß und in Lothringen dürfen die deutschen Reichsangehörigen nicht von dem Reiseweg abweichen, der auf dem Paß vermerkt ist. Wechselt sie, sich an einen anderen Ort zu begeben, so haben sie vorher ein Gesuch um Reisegenehmigung an den Generalgouverneur von Straßburg oder Metz (Militärpachstelle) zu richten. 3. Deutsche Reichsangehörige, die sich diesen Vorschriften nicht anpassen und in Elsaß und Lothringen angetroffen werden, ohne im Besitz eines Reisepasses mit dem Sichtvermerk der Militärbehörde zu sein, werden sogleich an die Grenze zurückgebracht, unbeschadet der gerichtlichen Verfolgung, der sie sich aussetzen. Abirrgens weist das Antragsformular außer den üblichen Personalbestimmungen auch die be- stensmerkte Frage auf: War der Antragsteller in Elsaß-Lothringen oder, vor dem 2. August 1914, in Frankreich ansässig? Eine besondere Bemerkung fordert endlich von Handlungsreisenden die Angabe der Firmen, die sie vertreten, sowie der Waren oder Lebensmittel, die sie kaufen oder verkaufen wollen.

**Oel**

wird von Montag bis Donnerstag mit je einhalb Pfund pro Kopf wie folgt ausgegeben:

- Im Geschäft Frieda Eschenbrenner an deren Kunden, sowie die Kundschaft des Konsumvereins und Eduard Voigt.
  - Im Geschäft Otto Eschenbrenner an dessen Kunden, sowie die Kundschaft von Engel, Konfauer und Josef Gran.
  - Im Geschäft Schinkenberger an dessen Kunden, sowie die Kundschaft von Pfeffer, Chr. Wieghardt, C. Gras, Aug. Gran und Friedrich.
  - Im Geschäft Adolf Wieghardt an dessen Kunden, sowie die Kundschaft von Emil Eschenbrenner und Berger.
- Die eingetragene Reihenfolge ist strengstens einzuhalten, an- ernfalls die Zuteilung nicht stimmt.  
Preis 10,20 M. das Pfund. Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlage der Lebensmittelkarte. Zu streichen mit Tinte in Nr. 96.

**Freibankfleisch-Verkauf**

**Rindfleisch**  
heute nachmittags von 2 Uhr ab bei Weggermeister Wieghardt.  
Preis pro Pfd. 5,50 M. Familien bis zu 4 Personen 1 Pfd., aber 4 Personen 1 einhalb Pfd. Bezahlung bei Wieghardt.  
Geld ist abgehört mitzubringen.  
Nummernangabe von 2 Uhr ab im Lebensmittelbüro für die Buchstaben Sch-3 und A-E.  
Lebensmittelamt.

**Konkordanz-Oranung.**

**Evang. Kirche.**  
Sonntag, 14. März — Ostere.  
Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.  
Nachm. 1.30 Uhr Kindergottesdienst.  
Abends 8 Uhr Evangelisationsgottesdienst.  
Herr Missionar Richter.  
Mittwoch abend 8 Uhr Passionsgottesdienst.  
Kath. Kirche  
Sonntag, den 14. März. — 4. Fastensonntag  
7.30 Uhr: Frühmesse  
10 Uhr: Hochamt mit Predigt  
2 Uhr: Christenlehre und Andacht.  
Di. Mi. Do. Nachm. 6.30 Uhr Andachten zu Ehren des hl. Josef.  
Freitag abend 6.30 Uhr: Kreuzwegandacht.  
**Weiterbercht.**  
Veränderlich, etwas laub, zeitweise Regen.  
Niederschlag am 12. März 1,9 Millim.

**Eine Damenuhr**

mit silbernem Uhrarmband vom Bahnhof bis Karlsruher ver-  
loren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung in der Geschäfts-  
b. Bl. abzugeben.

**Männer-Gesangverein**

**Braubach**  
Heute abend 7.30 Uhr  
Gesangsunterricht  
im „Reinberg.“

**Turn-Verein Braubach**

Heute abend 8 Uhr  
Turnstunde  
der Altersriege.

**Militär-Verein.**

Heute abend 8 Uhr  
Versammlung  
im Vereinslokal.

**Seidene Blusen**

in großer Auswahl bei mäßigen  
Preisen empfiehlt  
Rud. Neudans.

**Kriegerverein Braubach**

**Nachruf.**

Hierdurch setzen wir unsere Mitglieder in Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied

Herr

**Wilhelm Faber**

am 11. März in Neuwied verstorben ist.

Wir werden dem Dahingefahrenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

**Auszug aus der Polizeiverordnung vom 14. 2. 1920.**

- § 1. Zur Nachtzeit ist das Feld allenthalben geschlossen sein und zwar:  
1. vom 1. November bis Ende Februar von Abends 6 Uhr bis Morgens 7 Uhr  
2. vom 1. März bis Ende April von Abends 7 Uhr bis Morgens 5 Uhr  
3. vom 1. Mai bis Ende August von Abends 9 Uhr bis Morgens 3 Uhr  
4. vom 1. September bis Ende Oktober von Abends 8 Uhr bis Morgens 5 Uhr.  
Wer in Zeit außerhalb der öffentlichen Straßen und Feldwege sich aufhält, wird mit Geldstrafe bestraft.  
Auf die Ausübung der Jagd, sowie auf die Schäferei bei der Ausübung des Pflanzens und auf das Polizei-Aufsichtspersonal findet die obige Strafbestimmung keine Anwendung.
- § 2. Das Werfen in fremde Gärten mit Steinen oder anderen Dingen, auch wenn kein Schaden dadurch verursacht wird, ist verboten bei Vermeidung von einer Geldstrafe bis zu 10 Mark.
- § 3. Die Ausübung der an sich berechtigten Weidweide unterliegt folgenden Beschränkungen:  
1. Die Ausübung der Weidweide darf nicht anders als unter Aufsicht eines tüchtigen Hirten stattfinden.  
2. Das Eingehen auf nicht eingefriedigte Feld- und Wiesenflächen ist nur den Nutzungsberechtigten unter genügender Aufsicht oder durch denzeitig angebandenes Weidvieh, daß daselbst die benachbarten Grundstücke nicht verschädigen kann, gestattet. Kinder unter 14 Jahren sind als zur Aufsichtsführung geeignet nicht anzusehen.  
Wiesen dürfen überhaupt von Haltungsberechtigten nur in der Zeit von der erfolgten Aderung des Heues oder Grummets bis spätestens 1. März oder 1. April nach der jedesmaligen näheren Bestimmung der Ortspolizeibehörde und auch während dieser offenen Zeit von Windstrey nur bei völlig trockenem Wetter und wenn die Wiesen jetzt genügend trocken sind und von Schafherden nur bei hartgetrorenem Boden beweidet werden.
- § 4. Lebende Einstreidigungen dürfen ohne Zustimmung des Angelegers nicht näher als 45 Zim. weit von den angrenzenden Grundstücken angelegt werden und nur 45 Zim. breit und 105 Zim. hoch sein.
- § 5. Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark wird bestraft, wer ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde Spinn-, Steine oder andere Gegenstände auf Feldwege oder andere zum gemeinen Gebrauch bestimmte Wege auswirft.  
Wiesbaden, 14. 2. 20.  
Der Regierungspräsident.  
Wird veröffentlicht.  
Braubach, 18. März 1920. Die Polizeiverwaltung.

